

«Ohne Serbien geht nichts in der Region»

BRÜSSEL. Bis zu einem EU-Beitritt werde mindestens ein Jahrzehnt vergehen, sagt Ulf Brunnbauer, Direktor des Südost-Instituts an der Uni Regensburg. Doch Serbiens Beitritt sei wichtig, weil nur so für den Kosovo und Bosnien eigenständige Perspektiven denkbar seien.

INTERVIEW: PETER GRANWEHR

Rumänien hat vorübergehend einen Entscheid der EU-Aussenminister zur Verleihung des offiziellen EU-Kandidatenstatus für Serbien blockiert, weil es eine Schutzfunktion für die vlachische Minderheit in Serbien beanspruchte. Ist das nachvollziehbar?

Ulf Brunnbauer: Nein – auch wenn das manche Mitteleuropäer verblüffen mag. Tatsache ist, dass ethnische Minderheiten in Serbien mehr Rechte als in den meisten europäischen Staaten haben. Ich habe mich kürzlich in der Provinz Vojvodina davon überzeugen können: Dort hat beispielsweise die rumänische Minderheit eine eigene Vertretung namens Nationalrat, ein eigenes Radio und Schulen mit rumänischer Unterrichtssprache. Rumänisch ist dort (neben Serbisch, Ungarisch, Slowakisch, Kroatisch und Ruthenisch) auch Amtssprache. Auch die vlachische Minderheit ist in Serbien offiziell anerkannt und verfügt über einen Nationalrat. Die rumänische Blockade in Brüssel erstaunt umso mehr, als Rumänien selbst Defizite beim Minderheitenschutz aufweist.

Wie tragfähig ist nun die Basis für den Kurs Serbiens Richtung EU?

Eine gewisse gesellschaftliche Basis dafür ist vorhanden; immerhin haben sich in den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen der letzten Jahre die EU-freundlichen Kräfte stets durchgesetzt, wenn auch knapp. Doch die Zukunft ist offen. Entscheidend werden der weitere soziale und ökonomische Verlauf sein sowie die Entwicklung der EU, die auch für viele Serben nicht mehr so attraktiv ist wie früher.

«Ethnische Minderheiten in Serbien haben mehr Rechte als in den meisten europäischen Staaten»

Ulf Brunnbauer, Professor für Geschichte Südost- und Osteuropas, Uni Regensburg

Wie weit ist Serbien noch vom EU-Beitritt entfernt?

Nimmt man den Beitrittsprozess von Kroatien als Massstab, dann ist mit mehr als einer Dekade bis zum Beitritt

zu rechnen, zumal die Begeisterung in der EU über Serbien weniger gross ist. Und die Probleme sind riesig: Korruption ist tief verwurzelt; der Aufbau einer unabhängigen Justiz als zentraler Teil des Rechtsstaats dauert. Die EU ist nach negativen Erfahrungen mit Bulgarien und Rumänien gewarnt. Umgekehrt ist Serbien unverzichtbar, wenn es um die Lösung der regionalen Probleme – etwa Bosnien – geht.

Die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens erfolgte aus geopolitischen Gründen so früh, damit sie sich nicht nach Russland orientieren. Spielen analoge Gründe auch bei Serbien eine Rolle?

Ja, wobei die Situation hier komplexer ist, weil vor allem mit Bosnien und dem Kosovo zwei schwierige Pendenzen anstehen. Serbien ist der Schlüssel für deren Bewältigung. Aber wenn nach einem serbischen EU-Beitritt zu viel Zeit verstreicht, ohne dass Bosnien und der Kosovo auch aufgenommen werden, wird sich Serbiens Aufnahme in die EU kontraproduktiv auswirken. Ich bin deshalb ein Anhänger eines Modells des «grossen Schwungs»: der möglichst raschen Aufnahme aller Staaten auf dem Westbalkan, die beitreten wollen. Dies auch in der Annahme, dass sie sich als EU-Mitglieder weiter reformieren werden.

Wieweit verändert die Entscheidung der EU die Gesamtsituation des West-

balkans? Was heisst das für Bosnien, speziell für die serbische Teilrepublik? Für die serbische Regierung bedeutet dies, dass sie vermehrt Zurückhaltung üben muss hinsichtlich der Unterstützung von Serben im Ausland, also in Bosnien und im Kosovo. Wobei es scheint, als ob man in Belgrad diese

über Mazedonien (mit dem es im Streit um den Namen dieses Staats liegt) aufgibt. Davon abgesehen hat Athen eine rasche Integration des Westbalkans schon bisher befürwortet. Wirtschaftlich spüren die Länder des Westbalkans die griechische Misere, weil griechische Banken dort stark präsent sind.

Was bringt Serbien der EU?

Zunächst: Für Anhänger eines vereinigten und politisch integrierten Europas ist jeder Beitritt ein wichtiger Teil auf dem Weg zu diesem Ziel. Serbien wiederum bringt kulturelle Traditionen und eine weitere Sprache ein, die Europa bereichern. Hinzu kommt ein Mehr an Stabilität in dieser Region. Schliesslich entfallen die materiellen Kosten der Nichtintegration, was ein ökonomischer Vorteil ist. Und nicht zuletzt kann Serbien wertvolle historische Erfahrungen und Expertisen einbringen, die nutzbar gemacht werden können. Es fällt ja zum Beispiel auf, dass die EU-Kommissare aus den neuen Ländern keinesfalls die schlechtesten sind. Im Fall der ex-jugoslawischen Staaten und Gesellschaften spielt auch deren Erfahrungsschatz der tragischen Art eine Rolle – nämlich im Unterschied zu den Westeuropäern noch am eigenen Leib erlebt zu haben, was Krieg bedeutet. Hier ist die Idee, dass Europa ein Friedensprojekt ist, besonders stark präsent.

«Die Idee von Europa als Friedensprojekt ist hier besonders präsent»

Ulf Brunnbauer



serbischen Bevölkerungsteile immer mehr als lästiges Problem wahrnimmt. Für die Teilrepublik Srpska in Bosnien wiederum ist nun die bosnische Regierung in Sarajewo zwingend der Ansprechpartner, wie es die EU verlangt. Der Separatismus wird geschwächt.

Welche Auswirkungen hat die Griechenland-Krise auf die Integration des Westbalkans in die EU?

Politisch sind keine unmittelbaren Folgen auszumachen. Aber es besteht die Hoffnung, dass Griechenland angesichts seiner Abhängigkeit von den EU-Partnern seine Blockadehaltung gegen-

Am Ende hat Serbien sein Ziel – vorbehaltlich der Zustimmung des EU-Gipfels Ende dieser Woche – doch noch erreicht. Ein grosser Tag für das Land?

Ja, für Serbien ist das ein freudiger Tag. Der neue Status als Beitrittskandidat kommt zwar nicht völlig überraschend, aber nach dem Rückschlag am EU-Gipfel vom Dezember nun doch schneller als erwartet.

Aber nicht allen Serbinnen und Serben ist zum Feiern zumute...

...natürlich nicht, doch ein Grossteil der Bevölkerung unterstützt den euroorientierten Kurs der politischen Elite. Auf der andern Seite gibt es in der Tat Kreise, die am Status quo interessiert sind, weil sie sich in einer Schattenwirtschaft gut eingerichtet haben, die sich nicht mit einer EU-Mitgliedschaft vereinbaren liesse. Der Mord am früheren Premier Zoran Djindjic und die Unterstützung etwa für den Kriegsverbrecher Ratko Mladic stehen sinnbildlich für diese Gegenposition.

Was ermöglichte den von der Regierung in Belgrad so lange erhofften Schritt?

Der konkrete Anlass war ein Zugeständnis Serbiens hinsichtlich des Dialogs mit dem Kosovo (siehe Kasten). Dann spielt wohl auch eine Rolle, dass die proeuropäischen Kräfte im Hinblick auf die Wahlen in Serbien damit gestärkt werden konnten. Schon früher aber hatte Serbien eine zentrale Bedingung der EU erfüllt: die Auslieferung von Radovan Karadzic und Mladic an das Uno-Tribunal in Den Haag.



Nach langem Hin und Her am Ende eines spannenden Tages am Ziel: der serbische Ministerpräsident Boris Tadic während eines Medienauftritts in Brüssel. Bild: key

Mittlere Unzufriedenheit bei Kosovaren wie Serben

WIEN. Vier Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos zeigt Serbien erstmals ernsthafte Absichten, die Beziehungen zu seiner einstigen Südprovinz zu normalisieren. Das hatte die EU zur Bedingung gemacht, wenn Serbien den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten wolle. Deshalb war letzten Freitag in Brüssel ein Abkommen über eine regionale Kooperation unterzeichnet worden. Kernstück ist ein Kompromiss für den Staatsnamen «Kosovo». Dessen Regierung in Pristina muss künftig auf den Zusatz «Republik» verzichten, weil Serbien nach wie vor die Eigenstaatlichkeit nicht anerkennt. Auf re-

gionalen Konferenzen muss zudem in einer Fussnote der Hinweis auf die Uno-Resolution 1244 angebracht werden, nach der laut Belgrader Lesart der Kosovo immer noch Teil Serbiens sei. Im Gegenzug muss Serbien akzeptieren, dass der Kosovo ein eigenständiger Verhandlungspartner ist und auch Verträge mit der EU oder einzelnen Staaten abschliessen kann.

«Keine Fussnote!»

Sowohl Serbiens Präsident Boris Tadic als auch Kosovo-Regierungschef Hashim Thaci begrüsst den Schritt – und reklamieren beide für sich den jeweils grös-

seren Verhandlungserfolg. Doch der Kompromiss könnte eine Welle neuer Konflikte auslösen. Vor allem im Kosovo sind die Proteste heftig: Am Sonntag überrannten Hunderte Anhänger der nationalistischen Oppositionsbewegung Vetevendosje (Selbstbestimmung) die Polizeisperrungen und belagerten stundenlang das Parlament in Pristina. «Wir wollen die Republik zurück» und «Keine Fussnote!» skandierten eine wütende Menge. Vetevendosje-Anführer Albin Kurti warf dem Regierungschef vor: «Thaci hat unser Kosovo verkauft.» Kurti fordert eine Sondersitzung des Parlaments, dessen Präsident Jakup Krasniqi hält eine

Überprüfung des Abkommens durch das Verfassungsgericht für möglich.

Auch die angesehene, regierungskritische Tageszeitung «Koha ditore» schreibt, das Abkommen enthalte für den Kosovo «nur sehr geringe und vage» Vorteile. Und noch immer hätten nicht alle 27 EU-Staaten die Eigenstaatlichkeit des Kosovos akzeptiert.

«Eintrittspreis» in die EU

In Serbien ist der Protest spiegelverkehrt: Dort wirft die nationalistische Opposition Tadic vor, er habe mit dem Kompromiss des Kosovo praktisch anerkannt. Er sei immer schon bereit gewesen, diesen «Eintrittspreis» in die

EU zu zahlen. In Serbien finden im Frühjahr Wahlen statt; das Abkommen ist Wasser auf die Mühlen der Nationalistenparteien, die auch grossen Einfluss auf die Kosovo-Serben haben. Krstimir Pantic, Bürgermeister des serbischen Bezirks der geteilten Stadt Mitrovica, zeigte sich über das Abkommen «empört und enttäuscht». Im Abkommen sagte Tadic unter dem Druck der EU gemischte Kontrollen bei den Grenzübergängen zur Republik Serbien zu. Damit will die EU-Überwachungsmission Eulex dem schwingvollen Schmuggel- und Schwarzhandel einen Riegel vorschoben. RUDOLF GRUBER